

26
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY **PROCESSING COPY**

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

CONFIDENTIAL

25X1

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Ministry of General Machine Construction
Instructions and Information

DATE DISTR. 9 DEC 1957

NO. PAGES 1

REQUIREMENT
NO. RDDATE OF
INFO.

REFERENCES

PLACE &
DATE ACQ.

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

25X1

a photocopy of the 12 April issue of
Verfügungen und Mitteilungen (Instructions and Information), an official
publication of the Ministry of General Machine Construction.
(Eight pages in German)

ENCLOSURE ATTACHED
PLEASE ROUTE

13 JAN 1958
15 JAN 1958
25X1

16 JAN RECD
16 JAN 1958

20 JAN 1958

Ly/so

CONFIDENTIAL

25X1

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC									
-------	---	------	---	------	---	-----	---	-----	--	-----	--	--	--	--	--	--	--	--	--

(State: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

Nur für den Staatsgebrauch!

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau

1967	Berlin, den 12. April	Nr. 7
------	-----------------------	-------

Inhaltsverzeichnis

I. Auszeichnungen	
1. Gruppensieger im Wettbewerb	25
II. Allgemeines	
2. Verfügung vom 8. Februar 1967 über Maßnahmen zur Verbesserung der Planung und Auftragslenkung bei Guß- und Schmiedestücken	36
3. Verfügung vom 8. Februar 1967 über Maßnahmen zur Verbesserung der Patenschaftsarbeit der volkseigenen Industriebetriebe für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften	4
4. Verfügung vom 8. März 1967 über die Planung und Durchführung von Generalreparaturen und Revisionen an Turbinen im Planjahr 1968 sowie über die Ausführung von Havarie-Reparaturen	5
5. Verwendung von Valuta	16
6. Betreten der Dienstgebäude der staatlichen Verwaltungen und der volkseigenen Betriebe durch Abgeordnete	18
7. Stahlberatungsstelle beim Institut für Sonderstahlkunde der Bergakademie Freiberg	19
8. Sitzverlegung der HV Gliederungen	20
III. Forschung, Entwicklung, Konstruktion	
9. Abschlußanalyse für das Jahr 1966 auf dem Gebiet des E.V.-Wesens im Bereich des MfAM	2
10. Aufruf an alle Arbeiter, Angestellten, Meister, Techniker und Ingenieure der Metallindustrie	2
IV. Technologie	
11. Erfassung von hydraulischen Ziehpressen	41
V. Absatz und Transport	
12. Versandanzeigen für Export in die UdSSR	42
13. Rückstände in der Erntestelllieferung für Landmaschinen und Traktoren	42
VI. Arbeit	
14. Sicherung des Arbeitskräftebedarfs für die Landwirtschaft	4
15. Arbeits- und Gesundheitsschutz	4

I. Auszeichnungen

1. Gruppensieger im Wettbewerb	2. VEB Robur Werke (vorm. Phänomen Zittau)	25 000,-
Für die hervorragenden Ergebnisse im sozialistischen Wettbewerb und die gute Erfüllung der Staatsaufgaben des IV. Quartals 1966 wurden nachstehende Betriebe als	3. VEB Wärmegerätekwerk Altenburg	4 000,-
„Gruppensieger im Wettbewerb“	4. VEB Altissa-Kamera-Werke Dresden	3 000,-
mit der Wanderfahne des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau und einer Prämie ausgezeichnet	5. VEB Präz- und Stanzwerk Ragnitz	8 000,-
1. VEB Bräutigamsmaschinen „Fortschritt“	6. VEB Schwerarmaturenwerk „Erich Wehnert“ Magdeburg	6 000,-
Neustadt	7. DHZ EPN Niederlassung Berlin	3 500,-
25 000,-	8. Staatliches Vermittlungskontor, Zweigkontor Schwerin	600,-
	(Vgl. MfAM Nr. 1 37)	

II. Allgemeines

1. Verfügung vom 8. Februar 1957 über Maßnahmen zur Verbesserung der Planung und Auftragsabwicklung bei Guß- und Schmiedestücken

Die Verbesserung der bedarfsgerechten Versorgung der Wirtschaft mit Guß- und Schmiedestücken wird auf Grund des § 23 der Arbeitsordnung des Ministerrates vom 24. November 1955 und nach Ziffer 4 des Beschlusses der Präsidium des Ministerrates vom 8. Dezember 1955 über die Bildung der Kommission für Industrie und Verkehr folgendes bestimmt:

I.

1. Der Minister für Berg- und Hüttenwesen wird beauftragt, bei der Hauptverwaltung Gießereien eine "Zentrale Gußbleistelle" einzurichten. Der Leiter der Zentralen Gußbleistelle hat die Stellung eines Stellvertreters des Hauptverwaltungsleiters.

2. Die Zentrale Gußbleistelle hat die Voraussetzungen für die bestmögliche Auslastung und die planmäßige Erweiterung der Kapazitäten sämtlicher Gießereien der Zentral geleiteten und der volkseigenen örtlichen Industrie zu schaffen. Der Zentralen Gußbleistelle sind ferner insbesondere folgende Aufgaben und Befugnisse zu übertragen:

a) die systematische Ermittlung der Gießereikapazitäten unter besonderer Berücksichtigung der Produktionsbedingungen der Betriebe

b) die Prüfung und Koordinierung der Perspektivpläne sowie der Investitions- und Generalreparaturpläne der Planträger zur Modernisierung, Spezialisierung und Erweiterung der Gießereikapazitäten, wobei die Ausarbeitung der entsprechenden Kennziffern,

c) die rechtzeitige Ermittlung des Bedarfs an Gußbleistücken über die Hauptbedarfsträger und die Prüfung der Bedarfsmeldungen,

d) die Zusammenstellung der Bedarfsmeldungen der Hauptbedarfsträger für die Gießereibetriebe sowie die Materialsteuerung für die Einsatz- und Hilfsstoffe

Roheisen, Hammett, Gußbruch, Stahlschrott, Metall-Rückmaterial, Koks, feuerfestes Material, Temperier.

einschließlich der Verteilung der Kontingente an die Hauptbedarfsträger sowie der Kontrolle über Verwendung und Bedarf dieser Einsatz- und Hilfsstoffe, wobei die Zentrale Gußbleistelle über von ihr festgestellte Überplanbestände anderweitig verfügen kann.

3. Die Bedarfsträger können die Hilfe der Zentralen Gußbleistelle bei der Unterbringung von Aufträgen in Anspruch nehmen.

4. Soweit von den Maßnahmen nach Absatz 1 Betriebe der volkseigenen örtlichen Industrie betroffen werden, hat die Zentrale Gußbleistelle den zuständigen Rat des Reiches zu unterrichten und zu hören.

II.

1. Der Minister für Berg- und Hüttenwesen wird ferner beauftragt, bei der Hauptverwaltung Eisenindustrie eine Abteilung für Planung und Auftragsabwicklung der Schmiedeerzeugnisse einzurichten.

2. Die Abteilung für Planung und Auftragsabwicklung der Schmiedeerzeugnisse hat die in Ziffer 1, Absätze 2 bis 4, festgelegten Pflichten und Befugnisse analog zu wahrzunehmen.

III.

Die Zentrale Gußbleistelle und die Abteilung für Planung und Auftragsabwicklung der Schmiedeerzeugnisse haben ihre Tätigkeit am 1. März 1957 aufzunehmen.

IV.

Der Haushaltsplan und der Stellenplan des Ministerrates für Berg- und Hüttenwesen für das Planjahr 1957 und im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen entsprechend zu ergänzen.
Berlin, den 8. Februar 1957

Heilmann

Stellv. Ministerpräsident

Es wird darauf hingewiesen, daß die Zentrale Gußbleistelle und die Abteilung für Planung und Auftragsabwicklung der Schmiedeerzeugnisse entgegen Absatz III der oben abgedruckten Verfügung ab

1. April 1957

ihre Tätigkeit aufnehmen

(Voll. 1848 Nr. 757)

2. Verfügung vom 8. Februar 1957 über Maßnahmen zur Verbesserung der Patenschaftsarbeit der volkseigenen Industriebetriebe für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

Die sozialistische Umgestaltung in der Landwirtschaft erfordert die ständige und helfende Solidarität der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, insbesondere in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Deshalb ist es eine politische Verpflichtung für die Arbeiter in unserer volkseigenen Industrie, die weitere sozialistische Entwicklung in unserer Landwirtschaft durch kameradschaftliche Hilfe für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu unterstützen.

Um hierzu Hinweise und Anregungen zu geben, hat das Präsidium des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Programm von Maßnahmen zur Verbesserung der Patenschaftsarbeit der volkseigenen Industriebetriebe und anderer staatlicher Einrichtungen für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beschlossen. Zur Verwirklichung dieser Maßnahmen wird auf Grund des § 23 der Arbeitsordnung des Ministerrates vom 24. November 1955 und nach Ziffer 4 des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 8. Dezember 1955 über die Bildung der Kommission für Industrie und Verkehr folgendes bestimmt:

I.

(1) Die Parteiminister haben darauf hinzuwirken, daß die ihnen unterstellten Betriebe für das Jahr 1957 kurzfristig neue Patenschaftsverträge mit landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) schließen. Dabei sollen solche LPG bevorzugt werden, welche noch mit Aufbau- und Organisationschwierigkeiten zu kämpfen haben.

(2) Die Patenschaftsverträge sind auf Seiten des Betriebes sowohl von einem Vertreter der Wirtschaft wie auch von einem Beauftragten der Betriebswerk-schaftsführung zu unterzeichnen. Die danach vorgesehene Patenschaftshilfe ist unter breiter Mitwirkung der Belegschaft zu organisieren.

II.

In die Patenschaftsverträge sind Verpflichtungen aufzunehmen, die sowohl eine politisch-ideologische Förderung wie auch eine praktische und materielle Unterstützung der LPG durch den Patenbetrieb zum Inhalt haben. Dazu gehört auch die Unterstützung der LPG durch Arbeitskräfte und Materialverwendungen aus eigenen Reserven der Patenbetriebe.

III.

(1) Bei der Gestaltung und Durchführung der Patenschaftsverträge ist besonderer Wert darauf zu legen, daß folgende Maßnahmen vorbereitet und realisiert werden:

a) Für den weiteren Ausbau der LPO sind geeignete Fachkräfte wie Ingenieure, Konstrukteure, Architekten, Baufachleute und Meister zu gewinnen, die der LPO bei dem Umbau und Ausbau von Wirtschaftsbauwerken und Wohnhäusern sowie bei der Innenmechanisierung Ratschläge geben und die Ausführung von Projektierungen und Konstruktionsplänen übernehmen.

b) Zu fördern ist auch die Kleinmechanisierung, z. B. der Bau von Futterbüchsen und Reibstrichen und der Einsatz von Kleinmähern.

c) Bei der Ausführung von Reparaturen an Wirtschaften und Wohngebäuden sowie an Maschinen und Geräten bei der Durchführung von Um- und Ausbauten, bei der Mechanisierung und Technisierung wie auch bei der Errichtung von Wasseranlagen und elektrischen Anschlüssen sollen die Patentbetriebe die LPO durch den Einsatz von Spezialisten und Facharbeitergruppen unterstützen.

d) Weitere wirksame Hilfe ist den LPO in Fragen der Wirtschaftsführung, der Arbeitsorganisation, der Finanzierung von Wettbewerben, der Anwendung von Prämiensystemen und der Übermittlung technischer Kenntnisse dadurch zu gewähren, daß qualifizierte Mitarbeiter der Patentbetriebe entsprechende Beratung und Anleitung geben. Zugleich sind den Ansehungen der LPO durch Übernahme von Referaten und Vorträgen in Gewerkschaften und Berufsvereinigungen, die Politik unserer Arbeiter und Bauern macht, aktuelle ökonomische Fragen und wichtige gesetzliche Bestimmungen durch geeignete Mitarbeiter der Patentbetriebe zu erläutern.

e) Die Hilfe der Patentbetriebe soll sich nach Möglichkeit auch auf das Ausleihen von Baumaschinen, Geräten und Transportmitteln, die Herstellung bestimmter Ersatzteile und die Anfertigung von Bauzeichnungen beziehen, die vielfach aus Rohmaterial und Materialabfällen hergestellt werden können.

IV

(1) Die Betriebe haben für die von ihnen nach Ziffer III durchgeführten vertraglichen Leistungen nur die Kosten für Arbeit und Material zu berechnen, die unmittelbar durch die Leistung entstanden sind. Gemeinkosten, Gewinn und Produktionsabgabe sind nicht zu berechnen. Das Nähere bestimmt der Minister der Finanzen durch eine diesbezügliche Anweisung.

(2) Allmaterial (Wasserröhre, Heizungsrohre u. dgl.) ist zu Selbstpreisen zu berechnen.

(3) Leistungen, welche kurzfristige Aufträge darstellen und weniger als vier Stunden beanspruchen, sind nicht zu berechnen.

(4) Sind Leistungen neuerwertiger Materialien in größeren Umfang vorgesehen, so ist die Freigabe und die Rückgabe der Kosten bei dem zuständigen Fachminister zu beantragen.

Stettin, den 8. Februar 1957
Selbmann
Stellv. Ministerpräsident

Gemäß der oben abgedruckten Verfügung wird für die Betriebe des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau folgende Angaben angesetzt:

1. Die Werkstätte haben im Gesamtvertragsverhältnis mit der Betriebsverwaltung bis zum 15. Mai 1957 Vertragsverträge für die Leistung July 1957 für gewöhnlichen Betrieb mit Industriemaschinen abgeschlossen.

2. Die Verwaltung von Grundstücken ist der Betriebsverwaltung zu übertragen. Die Betriebsverwaltung ist für die Freigabe und die Rückgabe der Kosten bei dem zuständigen Fachminister zu beantragen.

1. Unter Abschnitt IV Abs. 1 heißt es: „nur die Kosten für Arbeit“. Darunter fallen Lohn- und Sachverbraucherbeiträge einschließlich Unfallumlage.

2. Über die Freigabe und Übernahme der Kosten bei der Lieferung neuerwertiger Materialien entsprechend Abschnitt IV, Abs. 4, entscheidet der Werkstätte bis zum Wertbeitrag von 200,- DM. Darüber hinaus bis zum Wertbeitrag von 500,- DM entscheidet der zuständige HV Leiter. Für höhere Kosten ist die Genehmigung des Ministers einzuholen.

(Vom MfM Nr. 1 97)

3. Verfügung vom 8. März 1957 über die Planung und Durchführung von Generalreparaturen und Revisionen an Turbinen im Planjahr 1958 sowie über die Aufstellung von Revier-Reparaturen.

Auf Grund des § 23 der Arbeitsordnung des Ministeriums vom 24. November 1955 wird folgendes bestimmt:

Planung der Generalreparaturen und Revisionen

(1) Grundlage für die Aufstellung des Generalreparaturplanes 1958 für Turbinen bilden die Aufträge der VEB Energieversorgung und der anderen mit Dampf- und Turbinen ausgerüsteten Betriebe an den VEB Turbinen- und Generatoren und die Zentralen Reparatur-Abteilungen.

(2) In den Generalreparaturplan und auch die durchzuführenden Revisionen aufzunehmen:

II

Durchführung der Generalreparaturen und Revisionen

(1) Aufträge über Turbinen-Reparaturen sind bis zum 31. Mai 1957 dem VEB Turbinen- und Generatoren, Reparaturstelle (TRG), Berlin-Wilmersdorf, Marktstr. bzw. den Zentralen Reparatur-Abteilungen der Energiewirtschaft in doppelter Ausfertigung anzulegen.

(2) Die Aufträge sind auf Grund des Befehlsbefehls der letzten Revision, die der VEB Turbinen- und Generatoren oder seine Beauftragten durchgeführt haben, zu erstellen.

(3) Liegt beim Befehlsbefehl vor, kann der Betrieb bis zum 31. Juli 1957 die Turbinen überstrichen oder überstrichen und die unter Umständen eines Sachverständigen des revolutionär benachrichtigten VEB Turbinen- und Generatoren einer Revision unterziehen. Bei dieser Revision ist auch die Mindestaufnahme der Vorarbeiten durchzuführen. Hierbei sind die Regeln der technischen Betriebsführung „Planmäßig vorbeugende Reparaturen an Kraftwerksausrüstungen“ zu beachten. Die zeitliche Festlegung dieser Revisionen ist so zu treffen, daß zusätzlicher Leistungsanstieg vollständig vermieden wird. Die Turbinen sind mit dem Revisionsverfahren zu versehen.

(4) Die zur Revision notwendigen Montagearbeiten können von einer Turbinenwerk oder einer Turbinen-Reparatur-Abteilung der Hauptverwaltung übernommen werden. Dafür kommen in Betracht:

die Zentrale Reparatur-Abteilung Hauptwerk Schwerin des VEB Energieversorgung Halle;

die Zentrale Reparatur-Abteilung Hauptwerk Lenz des VEB Energieversorgung Gera;

die Zentrale Reparatur-Abteilung Hauptwerk Bitterfeld des VEB Energieversorgung Bitterfeld;

die Zentrale Reparatur-Abteilung Hauptwerk Dresden des VEB Energieversorgung Dresden.

5. In jeder Abteilung ist die zur Durchführung der Generalreparaturen und Revisionen erforderliche Ausrüstung zu stellen.

an die Auftraggeber enthalten

Türische Nummer des Aggregates in der Kraftzentrale
Hersteller
Typ
Fabriknummer
Bauteile
Leistung in MW
Minuten Anforderungen
Ersatzteilbestellungen
Angaben über den Einbau der Ersatzteile (z. B. Erfordernisse)
Angaben über die Anfertigung von Konstruktionsunterlagen

Konstruktionsunterlagen sind nur dann zu bestellen, wenn die Ersatzteile erst 1960 oder später benötigt werden. Für die bestellten Ersatzteile nach keine Konstruktionsunterlagen, es umfasst der Auftrag auch die Anfertigung der Konstruktionsunterlagen.

III

Finanzierung der Generalreparaturen an Turbinen
Die Hauptverwaltungen und Betriebe haben die Generalreparaturmittel den Richtwerten der Turbinenfabriken entsprechend rechtzeitig bereitzustellen.

IV

Aufträge über Reparaturarbeiten

1) Bei nach dem 31. Mai 1967 erforderlich gewordenen Reparaturarbeiten ist der Schadenfall sofort der Hauptverwaltung Elektromechanik, AM Hauptmechanik, Tel. Berlin 407 3004 und 307 3004) und dem VEB Turbinen- und Generatoren TRL (Berlin 60 00 81 und 60 37 14) fernmündlich oder schriftlich zu melden.
2) Die Aufträge über die auszuführenden Instandsetzungsarbeiten sind in doppelter Ausfertigung dem VEB Turbinen- und Generatoren TRL, zuzuleiten. Der VEB Turbinen- und Generatoren bestimmt das Reparaturwerk, das die Reparatur vornehmen soll.

3) Die Hauptverwaltung Elektromechanik stellt entsprechend der Wichtigkeit der ausgefallenen Turbine für die Stromversorgung eine Dringlichkeitsbeurteilung aus und zwar über:

- a) Normalfall,
- b) Katastrophenfall

4) Die Dringlichkeitsstufe „Normalfall“ bedeutet, daß die Turbine gleichzeitig mit Planchetten zu bearbeiten ist. Die Dringlichkeitsstufe „Katastrophenfall“ ist nur in Sonderfällen zu erteilen und bewirkt vorrangige Bearbeitung unter Berücksichtigung von Planchetten.

V

Vertragliche Regelung der Aufträge

Auf der Grundlage der erteilten Aufträge sind mit den Reparatur ausführenden Betrieben Verträge nach den Bestimmungen des Allgemeinen Vertragsrechts zu schließen.

VI

Berechtigung von Aufträgen oder Auflösung von Verträgen über Turbinen-Reparaturen

(1) Muß ein Auftrag über die Ausführung einer Turbinen-Reparatur aus irgendeinem Grunde zurückgegeben werden, so ist der Auftraggeber verpflichtet, den VEB Turbinen- und Generatoren über die Hauptverwaltung Elektromechanik, AM Hauptmechanik, hiervon unverzüglich unter Angabe des Grundes zu unterrichten.

(2) Dem ist der Auftraggeber auch dann verpflichtet, wenn bereits ein Vertrag über die Reparatur zustande gekommen ist und er deshalb zugleich die Auflösung

des Vertrages nach den hierfür geltenden Vorschriften § 8 der Rechte Durchführungsbestimmung vom 28. Dezember 1961 zur Vertragsverordnung, GBl. 1964 S. 211 verlangt.

VII

Kontrollpflicht

Die Kontrolle der Einhaltung der durch diese Verfügung getroffenen Regelung der General- und Hauptreparaturen an Turbinen obliegt dem Leiter der AM Hauptmechanik der Hauptverwaltung Elektromechanik des Ministeriums für Kohle und Energie.

Berlin, den 2. März 1967

VuM/MEAM Nr. 1/67

Selbmann

Stellv. Ministerpräsident

1. Verwendung von Valuta

Es ist notwendig, Valuta, insbesondere kapitalistischer Währung (B- und C-Währung) sowie DM-Bö, sparsam zu verwenden.

Deshalb werden alle Betriebe und Institutionen angewiesen:

- 1) bei bereits bestehenden Lizenzverträgen zu überprüfen, ob die Lizenzen noch weiter laufen und ob die Möglichkeit besteht, die bisher lizenzierte Produktion durch gleiche oder ähnliche nicht lizenzierte Inlandsproduktion zu ersetzen;
- 2) vor dem Eingehen neuer Lizenzverträge gegenüber dem Ausland und Wirtschaftsland zunächst unbedingt zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, lizenzierte Inlandsproduktion gleicher oder ähnlicher Art zu verwenden. Ist diese Möglichkeit nicht gegeben, so ist zu prüfen, ob Lizenzen vom befreundeten Ausland übernommen werden können;
- 3) bei Beantragung notwendiger ausländischer Zahlungsmittel und DM-Bö, durch Betriebe und Einrichtungen von den jeweiligen Verantwortlichen bzw. verantwortlichen Leitern in jedem Fall Sicherungen darüber abzugeben, daß die unter 1. und 2. genannten Möglichkeiten überprüft worden sind und daß der inländischen Produktion keine Produktion vorzuziehen ist und auch entsprechende Lizenzen vom befreundeten Ausland nicht übernommen werden können.

(VuM/MEAM/Nr. 1/67)

2. Betreiben der Staatsgebäude der staatlichen Verwaltungen und der volkswirtschaftlichen Betriebe durch Abgeordnete der Volks- und Länderparlamente

Es besteht Veranlassung, erneut darauf hinzuwirken, daß Abgeordnete der Volks- und Länderparlamente ungehindert die Dienstgebäude der staatlichen Verwaltung und Einrichtungen betreten können.

Soweit sie in Ausübung ihrer Funktion einen volkswirtschaftlichen Betrieb besuchen müssen, können sie nach vorheriger Vereinbarung mit dem Vorarbeiter des Betriebes eine Besuchskarte bzw. Passierschein betreten. In beiden Fällen genügt die Legitimation durch das Abgeordnetenurteil der Volkskammer bzw. Länderparlament.

(VuM/MEAM/Nr. 1/67)

3. Stahlherstellungsteile beim Institut für Sonderstahlbau der Bergbauakademie Freiberg

Aus gegossener Veranlassung werden alle stahlverarbeitenden Betriebe nach einem durch Inspektion, daß bei Qualitätsmängeln an Herstellung der Stab- und Stahlherstellungsteile die Stahlherstellungsteile zu verbessern ist.

Die Hauptaufgabe der am 1. September 1966 erteilten Stahlherstellungsteile besteht darin,

... hat sich bisher hinsichtlich eines verstoff-
... mit ökonomisch richtigen Einsatzes der
... zu beraten.
... und stahlerzeugenden Betrieben gegen-
... eine zentrale Qualitätskontrolle auszuüben.
... wenn sie einen umfassenden Überblick über alle
... Mängel erhält, wird sie in der Lage sein,
... die Beseitigung der Fehlerquellen Einfluß zu
... nehmen.
(Vum MIAM Nr 197)

3. Mitverlegung der HV-Gießereien

Das Ministerium für Berg- und Hüttenwesen gibt be-
... daß seine HV-Gießereien am 15. März 1957
... ihren Sitz nach Leipzig W 31, Knaackstraße 63 ver-
... legt hat und unter den Telefonnummern 40 021, 41 707
... und 42 794 zu erreichen ist.

Die Zentrale Gütebestelle ist im Hause der Ministerien
... in Berlin verblieben.
(Vum MIAM Nr 197)

III. Forschung, Entwicklung und Konstruktion

1. Abschlußanalyse für das Jahr 1956 auf dem Gebiet des K.V.-Wesens im Bereich des MIAM.

Unsere Erfinder und Rationalisatoren haben in Zusam-
... mit den K.V.-Bearbeitern der RFE und Leit-
... einen hervorragenden Erfolg im Jahr 1956 erzielt
... und damit einen nicht geringen Anteil an der Verbesse-
... der Arbeits- und Lebensbedingungen unserer
... Bevölkerung geleistet. Zum ersten Mal konnte im Be-
... unseres Ministeriums der volkswirtschaftliche
... Nutzen aus Erfindungen, Verbesserungsvorschlägen
... und Ingenieur-Konten die 100-Millionen-Grenze über-
... schritten werden.

Im Jahre 1956 wurde ein Nutzen von über DM 104 Mil-
... ionen erreicht. Das bedeutet eine Steigerung um 40,4
... Prozent gegenüber 1955. Die Eingänge an Vorschlägen
... aus den eigenen Betrieben unseres Ministeriums stei-
... gerten sich insgesamt um 12,2 Prozent. Hierunter ist
... die Zunahme der Ingenieurkonten, die sich fast ver-
... dreifacht haben, von besonderer Bedeutung.

Die positive Entwicklung im gesamten Erfindungs- und
... Vorschlagswesen unseres Ministeriums tritt deutlich bei
... der Analyse der Pro-Kopf-Nutzens zutage, wo
... eine Steigerung um DM 80,- auf DM 290,40 erfolgte
... und außerdem auf 100 Belegschaftsmitglieder 9,5 reali-
... sierte Vorschläge entfallen gegenüber 8,8 im Jahr 1955.

Trotz der großen Erfolge war der Durchlauf der Ver-
... besserungsvorschläge teilweise noch unbefriedigend.
... immer wieder kommt zum Ausdruck, daß die Vor-
... schläge unterschätzt werden und ihre Realisierung zu
... langsam vorangeht. Wir empfehlen deshalb den Be-
... trieben, mehr als bisher von der Möglichkeit der Prä-
... mierung für schnellere Realisierung von Verbesse-
... rungsvorschlägen gemäß § 29 der Z. DB vom 8. Februar
... 1953 zur Verordnung über das Erfindungs- und Vor-
... schlagswesen in der volkswirtschaftlichen Einheit (VGE) §
... 297 Gebrauch zu machen.

Trotz Rückgang der Eingänge an Vorschlägen konnte
... die Anzahl der realisierten Vorschläge aus den eigenen
... Betrieben gegenüber 1955 um 11,5 Prozent erhöht werden.
... Die Zahl der abgelehnten Vorschläge verringerte
... sich um 7 Prozent. Das ist ein Zeichen dafür, daß die
... eingereichten Vorschläge ein höheres Niveau haben.

Von allen am Wettbewerb 1956 beteiligten Betrieben
... unseres Ministeriums konnten 73 Betriebe (etwa 26 Pro-
... zent) die Wettbewerbsziele erreichen. Damit wurde die
... Realität der Wettbewerbsziele bewiesen. Es konnten
... aus jedem Leit-RFE-Bereich zwei Betriebe, insgesamt
... 26 Betriebe, prämiert werden.

Leit-RFE 6 VEB Mähdräckerwerk Weimar
VEB Landmaschinenbau Torgau

Leit-RFE 7 VEB Mihama Leipzig
VEB Maschinenbau Jena

Leit-RFE 12 VEB Meßgeräte und Armaturenwerk
Magdeburg
VEB Montagewerk Halle

Leit-RFE 13 VEB Drahtseilwerk Wernitz
VEB Seilseilfabrik Gera

Leit-RFE 14 VEB Elektroschmelze Zschornau
VEB Vereinigte Werkzeugfabrik
Geringwalde

Leit-RFE 15 VEB Kleinmetallwarenwerk Rottgen-
stadt
VEB Auer Rostek- und Silberwaren-
werk

Leit-RFE 17 VEB Motorenwerk Johannisthal
VEB Karosseriewerk Meerane

Leit-RFE 18 VEB Waggonbau Gera
VEB Förderwagenbau Vetschau

Leit-RFE 19 VEB Walzlagerfabrik Berlin
VEB Kugellagerfabrik Leipzig

Leit-RFE 24 VEB Elektromotoren Oberweimar
VEB Elektrowärme Altenburg

Leit-RFE 25 26 VEB Meßgerätewerk Zwickau
VEB Fernmelde- und Anlagenbau
Dresden

Leit-RFE 27 VEB Glashütter Uhrenbetriebe
VEB Triumphatorwerk Mülhausen

Leit-RFE 28 VEB Jenaer Glaswerk Schott & Gen.
VEB Rethenower Optische Werke

Für hervorragende Einzel- und Kollektivleistungen bei
... der Organisation und Durchführung des Wettbewerbs
... wurden 14 Einzelprämien und 24 Kollektivprämien mit
... Auszahlung gebracht.

Für die im Jahre 1956 im Erfindungs- und Vorschlags-
... wesen geleistete Arbeit wird hiermit nochmals all
... denen der Dank ausgesprochen, die durch ihre wertvolle
... Arbeit zu diesem Erfolg beigetragen haben.

Unser Ziel für das Jahr 1957 ist eine weitere Steigerung
... des volkswirtschaftlichen Nutzens um 15 Prozent gegen-
... über dem Jahre 1956. In Zusammenarbeit mit dem Zen-
... tralvorstand der IG Metall wurden wieder Beratungen
... der von den Betriebs-RFE eingesetzten Krite-
... rien die neuen Wettbewerbsbedingungen für 1957 aus-
... gearbeitet, die im Anschluß veröffentlicht werden.
(Vum MIAM Nr 197)

10. Aufruf

Arbeiter, Angestellte, Meister, Techniker und Inge-
... niere der Metallindustrie!

Wir rufen Euch zu einem überbetrieblichen Wettbewerb
... der Rationalisatoren und Erfinder der volkswirtschaft-
... und gleichgestellten Betriebe der Ministerien des
... Schwer- und Allgemeinen Maschinenbaus 1957 auf.

Im Jahre 1956 haben unsere Erfinder und Rationalisa-
... toren in den Betrieben beider Ministerien im überbe-
... trieblichen Wettbewerb 214,7 MIO DM volkswirtschaft-
... lichen Nutzen gebracht; gegenüber dem Jahre 1955 ist
... das eine Steigerung von 64,5 Prozent. Das ist ein sehr
... großer Erfolg und hat entscheidend dazu beigetragen,
... die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung
... der Deutschen Demokratischen Republik zu verbessern.
... Unsere Erfinder und Rationalisatoren haben deshalb die

Einführung der neuen Technik und die Anwendung hochproduktiver Arbeitsmittel, deren wirksam gefordert damit wir billiger, schneller und besser produzieren können.

Unter der Losung

„Billiger, schneller, besser produzieren“

stellen wir uns im Jahre 1967 das Ziel eine Steigerung des volkswirtschaftlichen Nutzens um mindestens 15 Prozent gegenüber dem Jahre 1966 zu erreichen und die Zeit der Bearbeitung und der Einführung der Erfindungen und der Verbesserungsvorschläge und Ing. Konten weiter zu verkürzen.

Der Aufruf zum überbetrieblichen Wettbewerb der Erfinder und Rationalisatoren durch die Ministerien des Schwer- und Allgemeinen Maschinenbaus und den Zentralvorstand der IG Metall entspricht den Anregungen vieler Maschinenbauer unserer volkseigenen Betriebe.

Kolleginnen und Kollegen:

Durch die Initiative tausender schöpferischer Erfinder und Rationalisatoren haben wir die Kraft, gemeinsam die noch ungenutzten Reserven für die Erfüllung der staatlichen Planaufgaben bei verkürzter Arbeitszeit zu erschließen.

Für den überbetrieblichen Wettbewerb der Erfinder und Rationalisatoren im Jahre 1967 stellen wir folgende Bedingungen:

1. Den volkswirtschaftlichen Nutzen im Jahre 1967 gegenüber dem Jahre 1966 im Bereich beider Ministerien um 15 Prozent zu steigern.
2. Die Zahl der realisierten Vorschläge (Erfindungen VV und Ing. Konten) auf im Jahre 1967 je 100 Kollegen der Gesamtbelegschaft – ausschließlich der Lehrlinge – mindestens 11 Stück betragen.
3. Der Bestand an nicht abschließend bearbeiteten Erfindungen und VV ohne Ing. Konten und ohne Erfahrungsaustauschblätter darf zum Jahresende 1967 nicht mehr als 10 Prozent vom Eingang 1967 einschließlich des Überhangs von 1966 betragen.

Um diesen Wettbewerb auf möglichst realer Basis und mit weitgehender Vergleichbarkeit zu führen, werden die Betriebe innerhalb der Leit-BME Bereiche je nach der Belegschaftsstärke in die Gruppen

1. bis zu 500 Belegschaftsmitglieder
2. von 501 bis 1000 Belegschaftsmitglieder
3. von 1001 bis 2000 Belegschaftsmitglieder
4. über 2001 Belegschaftsmitglieder

eingeteilt und in bezug auf die Steigerung des Nutzens gegenüber 1966 durch die Wettbewerbskommission der Hauptverwaltung unterschiedlich beauftragt.

I

Sieger in einem Leit-BME bzw. Hauptverwaltungsbereich wird der Betrieb, der von allen 4 Gruppen die Wettbewerbspunkte 1 und 2 am besten erfüllt und außerdem die höchste Nutzenerhöhung erzielt hat.

- a) An diesem Wettbewerb sind alle volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe im Bereich der Ministerien für Schwer- und Allgemeinen Maschinenbau beteiligt, in denen die Vertrauensmänner-Vollversammlung die Teilnahme beschließen und durch den BME-Leiter der Ministerien und über diese dem Zentralvorstand der IG Metall ihre Bereitschaft mitgeteilt haben.

- b) Die Feststellung des Standes der Betriebe im Wettbewerb erfolgt quartalsweise durch die Wettbewerbskommission der Hauptverwaltungen an Hand der Quartalsberichte der Betriebe.

Das Ergebnis wird den Betrieben durch die Leit-BME auf ihren gemeinsamen Tagungen mit den BME-Leitern und dem Vorsitzenden der Kommission für die Rationalisierungs- und Erfindungswesen in der BGL bekanntgegeben.

II

Jedes Ministerium stellt als Wettbewerbsprämie insgesamt mindestens DM 60.000,- zur Verfügung. Diese Prämiensumme schließt sich für jedes Ministerium wie folgt auf:

- a) DM 30.000,- als Gesamtsumme für 6 Betriebe, die bis zum 30.6.1967 als erste die Bedingungen des Wettbewerbs gemäß Punkt I bis 3 am weitesten erfüllt haben und durch Beschluß der Vertrauensmänner-Vollversammlung am Wettbewerb beteiligt sind.

- b) DM 60.000,- als Gesamtsumme nach Absatz II a) der Wettbewerbsbedingungen für die Siegerbetriebe (je 1 Betrieb aus dem Bereich einer jeden Hauptverwaltung des Ministeriums für Schwermaschinenbau und des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau), welche die Bedingungen gemäß Punkt I bis 3 am weitesten erfüllt haben und durch Beschluß der Vertrauensmänner-Vollversammlung am Wettbewerb beteiligt sind.

Die Auswahl der Siegerbetriebe nach Absatz II a) erfolgt durch die Zentrale Wettbewerbskommission. Die Auswahl der Siegerbetriebe für die Endauswertung erfolgt auf Vorschlag der Leit-BME durch die Wettbewerbskommission der NVen in Zusammenarbeit mit den Leit-BME.

Die Auswertung und Überprüfung der Ergebnisunterlagen aus den von den Hauptverwaltungen bzw. deren Leit-BME vorgeschlagenen Siegerbetriebe und die endgültige Feststellung der Siegerbetriebe und der zu prämiierenden Kollektive, Einzelpersonen usw. erfolgt durch die Zentrale Wettbewerbskommission der Ministerien unter Beteiligung des Zentralvorstandes der IG Metall.

Termin für den Abschluß der Endauswertung: 31.7.1967.

Termin für den Abschluß der Endauswertung: 31.7.1967.

- c) DM 30.000,- als Gesamtsumme nach Absatz II a) der Wettbewerbsbedingungen für hervorragende Einzel- und Kollektivleistungen in den Betrieben, die nicht als Siegerbetriebe ausgezeichnet werden können.

Die Prämien für die 6 Betriebe, die nach Abs. II a) als erste des Wettbewerbsziel erreicht haben, und die Prämien für die Siegerbetriebe nach Abs. II b) sind zur Förderung der Rationalisierungs- und Erfinderbewegung zu verwenden, z.B. für die Förderung der Initiativen der Rationalisierungs- und Erfinderbewegung (Anreize, nebenamtliche Realisatoren, Mitglieder der Brigaden und der BGL-Kommissionen für die Rationalisierungs- und Erfindungswesen sowie Bearbeiter des Erfindungs- und Vorschlagswesens) bei Nachweis besonderer Leistungen im Wettbewerb.

Weiterhin können die Mittel für die Durchführung von Maßnahmen verwendet werden, die der direkten und indirekten Unterstützung der Rationalisierungs- und Erfinderbewegung dienen. Hierunter ist zu verstehen, z.B. die Erweiterung des technischen Kabinetts, die Veranstaltung von Preisumschreiben, Wettbewerben und Ausstellungen auf dem Gebiete der Rationalisierungs- und Erfinderbewegung.

Vorschläge für die Verwendung der Mittel bedürfen der Herabsetzung und Bestätigung durch den Betriebs-BME und die Kommission für die Rationalisierungs- und Erfindungswesen bei der BGL.

Der Wettbewerb endet am 31.12.1967.

Minister für Allgemeinen Maschinenbau
Wunderlich

Minister für Schwermaschinenbau
L. V. Zimmer

Zentralvorstand der IG Metall,
Bayer

(VdM/SEAM/Dr. 907)

IV. Technologie

11. Erlassung von hydraulischen Ziehpressen

Die Werkleiter haben sofort sämtliche in ihren Betrieben vorhandenen hydraulischen Ziehpressen mit einer Mindestabmessung wie unten angegeben und dazu ihren derzeitigen quartalsmäßigen Auslastungsgrad (Schichtbelegung) über die zuständige Hauptverwaltung an die HA Technologie des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau zu melden.

Hydraulische Ziehpressen

Mindestaufspannfläche	1000 x 1000 mm
Mindestentfernung von Aufspannfläche bis Stempel	100 mm
Mindestarbeitsdruck	200 - 300 t

Die Meldungen haben spätestens 5 Tage nach Empfang dieses Mitteilungsblattes zu erfolgen.
(VUM MfAM Nr 197)

V. Absatz und Transport

12. Versandanweisungen für Export in die UdSSR

Die 3 Durchführungsbestimmung vom 13. Juli 1964 zur Verordnung über die Durchführung von Exportaufträgen - Verfahrensregelung - verpflichtet den Lieferant unter Ziff. 2, Buchst. g, der Anlage 1 zu § 6 Abs. 4 der DB - Allgemeine Bedingungen für den Abschluß von Verträgen zwischen dem VEM „Deutscher Innen- und Außenhandel“ und den Lieferbetrieben der Deutschen Demokratischen Republik über Warenlieferungen für den Export - (GBL S. 646) den Warenversand dem Besteller telegraphisch oder fernschriftlich anzuzeigen. Über die durch die Allgemeinen Bedingungen geregelte Benachrichtigungspflicht hinaus werden die Betriebe angewiesen, bei Exporten in die UdSSR ab sofort nach der unter Ziff. 2, Buchst. g) festgelegten Methodik die Handelsvertretung der UdSSR

Berlin NW 1
Unter den Linden 86
Telegrammanschrift
Vossloger Berlin

zu benachrichtigen.
(VUM MfAM Nr 197)

13. Schlußende in der Ersatzteillieferung für Landmaschinen und Traktoren

Aus den bisherigen Realisierungsmeldungen der Betriebe ist ersichtlich, daß bereits im 1. Quartal große

Lieferrückstände in Landmaschinen- und Traktorenerstattungen auftraten.

Um ernsthafte Schäden bei den Bestellungen- und Pflegearbeiten in der Landwirtschaft zu vermeiden, ist die Durchführung nachstehender Maßnahmen erforderlich. Die Werkleiter haben sich über den Stand der Realisierung zu informieren und gegebenenfalls durch Maßnahmenpläne bzw. Änderung der Produktionspläne zu gewährleisten, daß alle vertraglich gebundenen Ersatzteilpositionen aus dem ersten Halbjahr bis spätestens zum 30. Juni 1967 in voller Höhe ausgeliefert werden. Die Lieferung hat unter allen Umständen zu erfolgen, notwendigerweise auch unter Zurückstellung der Produktion von Fertigerzeugnissen.

Entsprechend dem Bescheid des Präsidiums des Ministerrates Nr. 462 haben die Hersteller von Landmaschinen und Traktoren auch die Forderungen der Besteller, die über die von den Bestellerkontoren in den Verträgen für die Ersatzteilproduktion gebundenen Mengen hinausgehen zu überprüfen und Maßnahmen zu treffen, daß berechnete Forderungen berücksichtigt werden und die Lieferung für die Vorhaben von Reparaturen an den entsprechenden Maschinen und Geräten rechtzeitig erfolgt.

(VUM MfAM Nr 7)

VI. Arbeit

14. Sicherung des Arbeitskräftebedarfs für die Landwirtschaft

Die Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften ist auch für das Jahr 1967 eine Aufgabe, welche die volle Unterstützung durch die volkswirtschaftlichen Betriebe und Verwaltungen erfordert.

Der Bescheid des Präsidiums des Ministerrates Nr. 133 vom 21. Februar 1967 zur Ergänzung des Beschlusses über Maßnahmen zur Durchführung der Bestell-, Pflege- und Erntearbeiten im Jahre 1967 sieht eine Reihe von Maßnahmen zur Sicherung des Arbeitskräftebedarfs in der Landwirtschaft vor.

Zur Realisierung dieser Maßnahmen wird für den Bereich des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau folgendes angewiesen:

1. Der Werkleiterbrief vom 11. Mai 1966 bezüglich der Sicherung des Arbeitskräftebedarfs der Landwirtschaft hat in den Abschnitten 2 bis 4 auch für das Jahr 1967 volle Geltung.
2. Die Werkleiter sind verpflichtet, diesen Brief nach- und nach im Leitungsbeirat auszuwerten und geeignete Maßnahmen zur ständigen Bereitstellung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft einzuleiten.

3. Die von Seiten der Räte der Bezirke und Kreise eingeleiteten Maßnahmen zur Werbung von Saison-Arbeitskräften ist alleseitig zu unterstützen.

4. Arbeitskräfte aus den Einrichtungen der Berufsausbildung (Lehrlinge, Lehrausbilder u. dgl.) sind außer in Katastrophenfällen und an arbeitsfreien Tagen, für Arbeiten in der Landwirtschaft nicht heranzuziehen.

5. Da für die Unterbringung von Saison-Arbeitskräften dringend geeignete Wohnbaracken benötigt werden, haben die Werkleiter bis zum 30. April 1967 der zuständigen HV, zur Weiterleitung an die HA Arbeit, solche Baracken zu melden, die durch den Bau neuer Arbeiterwohnungen nicht mehr benötigt werden.

Für den Ab- und Aufbau solcher Baracken werden durch das Ministerium der Finanzen die erforderlichen Mittel bereitgestellt.

(VUM MfAM Nr 757)

15. Arbeits- und Gesundheitschutz

Das Ministerium für Gesundheitswesen stellt fest, daß die Auswertung des Krankenstandes und die Hinweise der Betriebsärzte zur Verbesserung des Arbeits- und

Gesundheitszustand von den Arbeitern nur ungenügend beachtet werden.

Aus diesem Grunde wird noch einmal an den Beschluß des Präsidiums des Ministerrates vom 11 März 1955 über Maßnahmen zur Durchsetzung des Sparsamkeitsprinzips im Haushalt der Sozialversicherungen erinnert und den Arbeitern zur Pflicht gemacht, im Zusammenwirken mit den Betriebsärzten und Polikliniken den Krankenstand des Betriebes unter Berücksichtigung der ärztlichen Diagnose zu studieren und mit den Betriebsärzten, den Sicherheitsinspektoren und den verantwortlichen Funktionären der Gewerkschaft Maßnahmen zur Senkung des Krankenstandes festzulegen. Des weiteren wird darauf aufmerksam gemacht, daß

die formale vierteljährliche Erhebungsanmeldung über ärztliche Reihenuntersuchungen der Arbeiter in den Betrieben gemäß 7 Durchführungsbestimmung vom 21 Juni 1955 zur Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften (RdM 1 S. 555) in unveränderter Form jeweils bis zum 10 April, 10 Juli, 10 Oktober und 10 Januar des jeweiligen Jahres beim Rat des Kreises einzureichen sind.

Für diese formale Meldung liegt für das Jahr 1957 unter der Nummer 656 II der Genehmigungsprotokoll beim Ministerium für Gesundheitswesen vor.

(Vom MfAM Nr. 197)

Wunderlich
Minister